

Niederschrift

über die 47. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses am Mittwoch, 27.05.2020 um 17:00 Uhr, im
Bürgertreff (Lortzingstraße 1 in 40724 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Frau Anabela Barata SPD

Ratsmitglieder

Herr Kevin Buchner SPD

Frau Dagmar Hebestreit SPD

Herr Carsten Wannhof SPD

Herr Hans-Jürgen Weber SPD

Herr Michael Deprez CDU

für Herrn Manfred Böhm
für Herrn Jürgen Scholz
für Frau Claudia Schlott-
mann

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Peter Groß CDU

für Herrn Wolfgang Greve-
Tegeler

Herr Thomas Grünendahl CDU

Herr Norbert Schreier CDU

Frau Susanne Vogel Bündnis 90/Die Grünen

Herr Friedhelm Burchartz Allianz für Hilden

für Herrn Ernst Kalversberg

Herr Rudolf Joseph FDP

Herr Ludger Reffgen BÜRGERAKTION

Sachkundige Bürger/innen

Herr Klaus Cohausz SPD

Herr Kevin Schneider CDU

Herr Heinz Albers Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder gemäß § 58 Abs. 1 GO NRW (nicht stimmberechtigte Fraktionen)

Herr Ulrich-Joachim Knak sachkundiger Bürger abwesend

Beiräte

Frau Doris Sieberg Seniorenbeirat

Frau Hiltrud Stegmaier Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Peter Stuhlträger Stadt Hilden

Frau Birgit Kamer

Herr Harald Mittmann

Herr Lutz Groll

Frau Karin Herzfeld

Herr Alexander Smeets

Frau Sabine Waiss

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO
- 2.1 Anregung nach § 24 GO: WP 14-20 SV 66/174
Umgestaltung des Bereichs Poststr / Feldstr / Körnerstr
- 2.2 Antrag gemäß § 24 GO: WP 14-20 SV 61/282
Kurzfristige Einrichtung von Fahrradstraßen und Tempo 30-Zonen
während der Coronakrise
- 3 Anträge
- 3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 19.02.2020: WP 14-20 SV 61/279
Mischnutzung von Einzelhandel und Wohnbebauung
- 3.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2020: WP 14-20 SV 61/280
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 204A für das Areal der
Tennis- und Golf-Ranch Bungert (Diekhaus) -
Verpflichtung des Vorhabenträgers zur Dachbegrünung oder zu
Photovoltaikanlagen
- 3.3 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 14.03.2020: WP 14-20 SV 61/281
Flächennutzungsplanänderung zwecks Aufforstung zwischen
Bahn und Hofstraße - Änderung des Planungsziels
- 3.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2020: WP 14-20 SV 66/173
Angsträume / Beleuchtung
- 4 Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes
- 4.1 Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initierter Be- WP 14-20 SV 60/071
schlüsse des Stadtentwicklungsausschusses
- 5 Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes
- 5.1 Anpassung der "Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, WP 14-20 SV 61/276
Vordächer und Sonnenschutzdächer zum Schutz der Gestalt der
Mittelstraße und ihrer Seitenstraßen" von 2003 (Werbeanlagen-
satzung I) an neues Landesrecht;
1. Nachtragssatzung
- 5.2 Anpassung der "Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, WP 14-20 SV 61/277
Vordächer und Sonnenschutzdächer im Bereich des Stadtumbau-
gebietes Innenstadt Hilden" von 2017 (Werbeanlagensatzung II)

an neues Landesrecht;
1. Nachtragssatzung

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 5.3 | Mobilitätskonzept für Hilden;
hier: Entwurf der Aufgabenstellung | WP 14-20 SV 61/278 |
| 6 | Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes | |
| 6.1 | Trittssteinbiotope in der Itter, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch den BRW | WP 14-20 SV 66/175 |
| 7 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 7.1 | Benennung eines Privatweges auf dem Gelände des St. Josef Krankenhauses | |
| 8 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 8.1 | Antrag der CDU-Fraktion - Zusammenlegung von Fahrrad- und Angebotsstreifen für Fahrräder auf Gehwegen | |
| 8.2 | Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Klimaschutzvorhaben Prioritäten-Liste | |
| 8.3 | Antrag der SPD-Fraktion - Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf der Straße Am Kronengarten | |

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten durchgeführt.

Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Barata eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter/innen der Beiräte sowie der Presse und die erschienenen Zuhörer/innen.
Sie stellte fest, dass die Sitzungsunterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

-keine-

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

-
- | | |
|---|--------------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen |
|---|--------------------------|

-keine-

Mit Einverständnis der Ausschussmitglieder wurde die Sitzung von 17:05 Uhr bis 17:10 Uhr unterbrochen, damit der Antragsteller, Herr Blanchot, nochmals die Möglichkeit hatte die Begründung seines Antrags zu vertiefen.

Während die Rm Burchartz/Allianz, Reffgen/BA, Buchner/SPD, Joseph/FDP und Vogel/Grüne für ihre Fraktionen den Bürgerantrag begrüßten, da die Maßnahme zur Aufwertung des Quartiers beiträgt, sprach sich Rm Garthmann/CDU aufgrund der Kosten gegen die Umsetzung der seinerzeit im städtebaulichen Rahmenplan Nördliche Unterstadt festgelegte Planung aus.

Herr Mittmann wies darauf hin, dass die im Antrag angesprochene Fläche wesentlich kleiner ist als die seinerzeit vorgesehene Grünfläche. Es handle sich hier um den Bereich der 5 Parkplätze und der im Luftbild kenntlich gemachten Feuerwehraufstellfläche vor den Gebäuden Poststraße 30, 32. Eine Grünanlage könne hier nicht entstehen, sondern lediglich Straßenbegleitgrün. Sollte die im städtebaulichen Rahmenplan enthaltene Planung später umgesetzt werden, ändere sich die Verkehrsführung und die jetzt vorgesehenen Anpflanzungen müssen wieder entfernt werden. Daher bat er um Angabe welche Maßnahme nunmehr durchgeführt werden solle (kleine Lösung gemäß Bürgerantrag oder große Lösung entsprechend des städtebaulichen Rahmenplans).

Rm Joseph/FDP sprach nunmehr auch für die Umsetzung der großen Lösung aus.

Rm Schreier/CDU beantragte die Vertagung der Sitzungsvorlage, da noch Beratungsbedarf in der Fraktion bestehe.

Baudezernent Stuhlträger erläuterte auf Nachfrage, dass der Ausschuss, neben der Umsetzung des Bürgerantrages, als ergänzender Arbeitsauftrag, die Erweiterung des Plangebietes beschließen könne. Die kurzfristige Umsetzung des Bürgerantrages bedeute, dass 2022 die Planung und 2023 die Umsetzung erfolgen könne.

Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion auf. Dieser wurde mit 6 Ja-Stimmen (CDU-Fraktion) und 11 Nein-Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Allianz für Hilden, FDP-Fraktion und Fraktion Bürgeraktion) abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den vorliegenden Bürgerantrag.

Antragstext:

ich beantrage, dass aus Gründen des Klimaschutzes und der Verbesserung der Aufenthaltsqualität die versiegelte Kfz-Stellfläche vor der Seniorenresidenz Carpe Diem (Feldstraße/Poststraße) in einen Grünbereich umgewandelt wird. Das entspricht der Beschlusslage des Rates der Stadt Hilden zum Rahmenplan Nördliche Unterstadt vom 25.04.2007. Eine zeitnahe Umsetzung, möglichst bis 2021 halte ich für sinnvoll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 6 Enthaltungen (CDU-Fraktion)

Aus der Diskussion, an der sich die Rm Reffgen/BA, Schreier/CDU, Buchner/SPD, Burchartz/Allianz beteiligten, bleibt festzuhalten, dass der Antrag keine Zustimmung fand. Die vorgeschlagene Lösung kann in Hilden nicht umgesetzt werden. Im Übrigen liegt bereits ein Beschluss zur Einrichtung von Fahrradstraßen vor. Unter TOP 5.3 werde der Entwurf der Aufgabenstellung für ein Mobilitätskonzept beraten, das dieses Thema auch abbilde.

Auf Nachfrage von Sachk. Bürger Albers/Grüne erklärte Herr Smeets, die Straßenbaulast für die Berliner Straße habe Straßen.NRW. Bei Änderungen müssen der Straßenbaulastträger und die Polizei angehört werden. Straßen.NRW sei bei Bundesstraßen gegenüber Änderungen negativ eingestellt.

Sachk. Bürger Albers/Grüne schlug trotzdem vor, die vom Antragsteller beantragte Maßnahme bei der Berliner Straße als Test umzusetzen.

Antragstext:

Wir beantragen hiermit, während der Dauer der Corona-Krise bis spätestens 23. April 2020 folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. In Hilden Straßenflächen zu Fahrradspuren nach dem Beispiel von Bogotá bzw. Berlin-Kreuzberg umzuwidmen. Dabei ist es wichtig, dass diese Fahrrad-Straßen eine ausreichende Breite aufweisen und von verbleibenden Kfz-Fahrbahnen zumindest provisorisch durch Verkehrsbaken getrennt sind.
2. In Hilden die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h innerorts zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit

2 Ja-Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

15 Nein-Stimmen

3 Anträge

3.1 Antrag der CDU Fraktion vom 19.02.2020: Mischnutzung von Einzelhandel und Wohnbebauung

WP 14-20 SV 61/279

Sachk. Bürger Schneider/CDU bedankte sich für die Informationen der Verwaltung. Da die Mischnutzung von Einzelhandel und Wohnbebauung bereits in den Planungsprozessen berücksichtigt werde, sei der Antrag als erledigt zu betrachten.

Antragstext:

Die CDU Fraktion beantragt, dass die Verwaltung bei Einzelhandelsbebauung, sowohl im Neubau als auch im Umbaubereich grundsätzlich prüft, ob eine Mischnutzung mit Einzelhandel und Wohnbebauung in den Obergeschossen möglich ist.

3.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 12.02.2020:
Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 204A für das Areal der
Tennis- und Golf-Ranch Bungert (Diekhaus) -
Verpflichtung des Vorhabenträgers zur Dachbegrünung oder zu
Photovoltaikanlagen

WP 14-20 SV 61/280

Rm Joseph/FDP bedankte sich, dass die Verwaltung bereits mit dem Vorhabenträger Kontakt aufgenommen hatte. Das Angebot der Firma Log Project, einen 750 KW-Peak Fotovoltaikanlage zu installieren, solle in den städtebaulichen Vertrag aufgenommen werden. Der Antrag sei damit erledigt.

Rm Garthmann/CDU erklärte für die CDU-Fraktion, der Vorschlag des Vorhabenträgers finde Zustimmung. Eine Abstimmung hierüber sei erforderlich, da der vorliegende Antrag weitergehend sei.

Nach der weiteren Diskussion, an der sich die Rm Burchartz/Allianz, Buchner/SPD und sachk. Bürger Albers/Grüne beteiligten, wurde der Antragstext durch den Antragsteller dergestalt modifiziert, dass im Durchführungsvertrag die Installation einer mindestens 750 KW-Peak Fotovoltaikanlage vorzusehen ist. Da die Aufforstung bereits in den textl. Festsetzungen des Entwurfs Bebauungsplanes vorgesehen ist und damit die Verpflichtung in den Durchführungsvertrag aufgenommen werde, könne dieses Passus entfallen.

Rm Reffgen/BA erklärte, da die Fraktion Bürgeraktion das gesamte Projekt ablehne, treffe dies auch auf diesen Teilbereich zu. RM Vogel/Grüne machte deutlich, dass ihre Fraktion das Vorhaben auch ablehne, aber dieser Verbesserung zustimme.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den modifizierten Antragstext auf.

Modifizierter Antragstext:

Der Rat möge beschließen, bei dem geplanten Bauvorhaben auf dem Areal der Tennis- und Golf-Ranch Bungert (Diekhaus) ~~entweder im Kaufvertrag oder im städtebaulichen Durchführungsvertrag den Erwerber und Vorhabenträger zu verpflichten, die gesamte auf der Dachfläche des neu entstehenden Gebäudes flächendeckend zu begrünen (Gründach), sowie die Aufforstung einer angemessenen Fläche im Bereich Flausenberg durchzuführen.~~

~~Alternativ könnte die gesamte Dachfläche mit einer~~ **eine mindestens 750 KW-Peak** Photovoltaikanlage zur Energiegewinnung ~~versehen und eine angemessene Fläche im Bereich Flausenberg aufgeforstet werden.~~ **zu installieren.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 1 Stimmenthaltung (Fraktion Bürgeraktion)

3.3 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden vom 14.03.2020:
Flächennutzungsplanänderung zwecks Aufforstung zwischen
Bahn und Hofstraße - Änderung des Planungsziels

WP 14-20 SV 61/281

Rm Burchartz/Allianz erklärte nochmals, dass der Vorschlag des Bauern Wirtz unterstützt werden müsse. Er machte sich den in der Sitzungsvorlage enthaltenen Beschlussvorschlag der Verwaltung zu eigen.

Die Rm Reffgen/BA, Vogel/Grüne und sachk. Bürger Schneider/CDU erklärten für ihre Fraktionen Zustimmung zum vorliegenden Antrag. Rm Vogel/Grüne ergänzte, dass vertraglich die Anpflanzung von Obstbäumen festgelegt werden solle.

Die Sitzung wurde von 17:53 bis 17:55 Uhr unterbrochen, damit Herr Wirtz jun. noch zusätzliche Erläuterungen geben konnte. Herr Wirtz bezog sich auf die Berichterstattung in der Rheinischen Post, die den Vorschlag nicht richtig wiedergegeben hat. Sein Vater und er seien bereit die Maßnahme umzusetzen, da die nötige Erfahrung und das benötigte techn. Gerät vorhanden seien. Kosten könnten sie jedoch aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht übernehmen.

Rm Joseph/FDP stellte einen Vertagungsantrag, da Beratungsbedarf in seiner Fraktion bestehe. Die Verwaltung habe u.a. ausgeführt, dass der Vorschlag auch aus ökonomischer Sicht sinnvoll erscheint. Nach der Aussage von Herrn Wirtz müsse dies nochmals überdacht werden. Dem stimmte Rm Buchner/SPD zu und wollte wissen, ob die Verwaltung nochmals tätig werden wolle.

Rm Reffgen/BA widersprach dem und schlug vor, über den vorliegenden Antrag zu entscheiden. Der Vorschlag sehr weiterhin aus ökonomischer Sicht sinnvoll, weil die Stadt die Pflegekosten spare.

Baudezernent Stuhlträger wies darauf hin, dass in der Antragsvorlage keine Aussage zu den Anpflanzungskosten getroffen sei. Bereits die Übernahme der Pflege der Unterhaltung mache das Projekt ökonomisch sinnvoll. So sei es in der Sitzungsvorlage auch erläutert.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den Vertagungsantrag auf. Dieser wurde mit 1 Ja-Stimme (FDP-Fraktion) und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Antragstext:

Der Beschluss könnte in diesem Fall lauten:

Der Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.01.2020 zur Änderung des Flächennutzungsplans entlang der Bahnstrecke westlich der Grundstücke Hofstr. 110 bis Hofstr. 154 wird dahingehend geändert, dass nunmehr die heutige Darstellung GE* / Grünfläche entlang der Bahnstrecke in Fläche „für Landwirtschaft“ geändert wird, um dieses Gebiet langfristig als landwirtschaftlich genutzte Obstbaumwiese zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 1 Enthaltung (FDP-Fraktion)

3.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 19.02.2020:
Angsträume / Beleuchtung

WP 14-20 SV 66/173

Rm Garthmann/CDU erklärte für seine Fraktion, als kurzfristige Maßnahme soll die Dimmung im Holterhöfchen entsprechend dem Verwaltungsvorschlag geändert werden. Eine Erneuerung der Beleuchtung solle im Sanierungskonzept für das Holterhöfchen aufgenommen werden. Hierzu kündigt er einen Antrag für den Haushalt 2022 an.

Frau Barata wies darauf hin, dass hier ein Beschluss notwendig sei und unterbreitete den später zum Beschluss gestellten Vorschlag.

Rm Joseph/FDP erkundigte sich, ob die Beleuchtung der Unterführungen zu einem früheren Zeitpunkt beginnen könne, da in der Dämmerung die Lichtverhältnisse Berliner Str./Grünanlage Rathaus schlechter als oben auf der Straße sei.

Dies wurde von Herrn Mittmann verneint.

Die Vorsitzende rief zur Abstimmung über den modifizierten Beschlussvorlag auf.

Modifizierter Antragstext:

~~Die CDU Fraktion Hilden beantragt, dass die Verwaltung gezielt, die von der CDU Fraktion aufgeführten Angsträume überprüft, defekte Beleuchtungen erneuert und darüber hinaus prüft, ob mit den vorhandenen Beleuchtungsmitteln eine bessere Ausleuchtung möglich ist. Wir haben hier beispielhaft Bilder vom Teich am Holterhöfchen und der Unterführung hinter dem Ellen-Wiederhold-Platz/Hundewiese angehängt~~

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Dimmung der Leuchten im Holterhöfchen auf 50% der Normalleistung erst ab 24.⁰⁰ Uhr beginnen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4 **Angelegenheiten des Bauverwaltungs- und Bauaufsichtsamtes**

4.1	Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses	WP 14-20 SV 60/071
-----	---	--------------------

Der Stadtentwicklungsausschuss nahm den Sachstandsbericht über die Umsetzung politisch initiiertter Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses zur Kenntnis.

5 **Angelegenheiten des Planungs- und Vermessungsamtes**

5.1	Anpassung der "Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, Vordächer und Sonnenschutzdächer zum Schutz der Gestalt der Mittelstraße und ihrer Seitenstraßen" von 2003 (Werbeanlagensatzung I) an neues Landesrecht; 1. Nachtragssatzung	WP 14-20 SV 61/276
-----	--	--------------------

Ohne Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss den nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

1. Die 1. Nachtragssatzung zur „Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, Vordächer und Sonnenschutzdächer zum Schutz der Gestalt der Mittelstraße und ihrer Seitenstraßen (Werbeanlagensatzung I)“ vom 28.10.2003 in der als Anlage 2 (Text)* und 3 (Lageplan)** beigefügten Fassung als Satzung;
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung im Amtsblatt der Stadt Hilden zu veröffentlichen.

*als Anlage 1 der NS beigefügt

**als Anlage 2 der NS beigefügt

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 5.2 Anpassung der "Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, Vordächer und Sonnenschutzdächer im Bereich des Stadtumbaugebietes Innenstadt Hilden" von 2017 (Werbeanlagensatzung II) an neues Landesrecht;
1. Nachtragssatzung WP 14-20 SV 61/277
-

Ohne Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss den nachfolgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss

3. Die 1. Nachtragssatzung zur „Satzung der Stadt Hilden über Werbeanlagen, Vordächer und Sonnenschutzdächer im Bereich des Stadtumbaugebietes Innenstadt Hilden (Werbeanlagensatzung II)“ vom 30.03.2017 in der als Anlage 2 (Text)* und 3 (Lageplan)** beigefügten Fassung als Satzung;
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung im Amtsblatt der Stadt Hilden zu veröffentlichen.

*als Anlage 3 der Niederschrift beigefügt

**als Anlage 4 der Niederschrift beigefügt

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

- 5.3 Mobilitätskonzept für Hilden;
hier: Entwurf der Aufgabenstellung WP 14-20 SV 61/278
-

Aus der Beratung bleibt festzuhalten, dass Änderungen an dem vorgelegten Entwurf der Aufgabenstellung nicht gewünscht wurden.

Die Rm Schreier/CDU, Joseph/FDP und Vogel/Grüne sprachen sich für ihre Fraktionen dafür aus, dass die Verwaltung die Vergabematrix ohne Freigabe durch den Stadtentwicklungsausschuss den Fachplanungsbüros übersenden kann (Alt. 3.1 des Beschlussvorschlages). Rm Schreier/CDU beantragte, dass sich die drei besten Fachplanungsbüros im Stadtentwicklungsausschuss vorstellen.

Die Rm Buchner/SPD und Reffgen/BA sprachen sich für die Alternative 3.2 des Beschlussvorschlages aus, die vorsieht, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Vergabematrix freigibt. Über die Matrix sollten die Schwerpunkte für das Leitbild festgelegt werden, daher sei eine Beratung erforderlich.

Die Vorsitzende rief zunächst zur Abstimmung über die vorliegenden Alternativen zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages auf:

Alternative 3.1

9 Stimmen (CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/ FDP-Fraktion)

Alternative 3.2

8 Stimmen (SPD-Fraktion, Fraktion Allianz für Hilden, Fraktion Bürgeraktion)

Im Anschluss rief die Vorsitzende zur Abstimmung über die Ergänzung des Beschlussvorschlages, dass sich die drei besten Fachplanungsbüros im Stadtentwicklungsausschuss vorstellen sollen, auf.

Die Ergänzung wurde einstimmig beschlossen.

Modifizierter Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Das Mobilitätskonzept soll auf Grundlage der Aufgabenbeschreibung sowie des damit verbundenen Beteiligungskonzepts erarbeitet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage mindestens zehn Fachplanungsbüros zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der Aufgabenbeschreibung Kriterien zur Vergabeentscheidung zu entwickeln, welches Fachplanungsbüro den Auftrag zur Erarbeitung des Mobilitätskonzeptes erhält („Vergabematrix“).
- 3.1 Die Verwaltung kann die „Vergabematrix“ ohne Freigabe durch den Stadtentwicklungsausschuss den Fachplanungsbüros übersenden.
Die „Matrix“ ist dem Stadtentwicklungsausschuss - ggfs. nach Versand der Angebotsaufforderung - zur Kenntnis zu geben.

oder alternativ:

- ~~3.2 Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf der „Vergabematrix“ vor Versand der Angebotsaufforderung dem Stadtentwicklungsausschuss zur Freigabe vorzulegen.~~

Ergänzung:

Die drei Fachbüros, die nach Auswertung der Matrix die besten Angebote eingereicht haben, sollen ihre Angebote dem Stadtentwicklungsausschuss vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

6 **Angelegenheiten des Tiefbau- und Grünflächenamtes**

-
- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 6.1 | Trittsteinbiotope in der Litter, Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch den BRW | WP 14-20 SV 66/175 |
|-----|---|--------------------|
-

Rm Garthmann/CDU hielt eine Einschränkung der zur Verfügungstellung von städtischen Grundstücken auf die Trittsteinbiotope Nr. 9 und 10 für überflüssig. Der Umsetzung der Maßnahmen solle grundsätzlich zugestimmt werden.

Herr Mittmann erläuterte, lediglich für die Trittsteinbiotope 9 und 10 liegen derzeit umsetzungsfähige Vorstellungen vor. Dafür ist es erforderlich, städtische Flächen bereitzustellen.

Rm Reffgen/BA sah die Anlegung im Bereich Berliner Straße/Hochdahler Straße (Nr.9) kritisch. Die vorhandene Fußwegeverbindung werde gut angenommen und müsse bei Umsetzung der Maßnahme in verkehrsnähe verlegt werden. Im Übrigen sei ein starker Gehölzbestand vorhanden.

Auch Rm Vogel/Grüne sprach sich gegen das Trittsteinbiotop Nr. 9 aus. Alternativ solle im Bereich Kalstert eine Maßnahme durchgeführt werden.

Die Rm Joseph/FDP und Burchartz/Allianz begrüßten die Umsetzung.

Rm Hebestreit bat um Informationen zu den Altlasten im Bereich Kalstert und erkundigte sich weiter nach dem Zeitplan für die gesamte Maßnahme.

Herr Mittmann erklärte, die Informationen zu den Altlasten werden schriftlich beantwortet. Nach der EU-Richtlinie sollen bis 2027 die festgelegten Zustandsziele erreicht werden. Eine Einhaltung dieser Frist scheint nicht möglich. Die hier vorliegenden Maßnahmen zu den Trittsteinbiotopen 9 und 10 sollen in den nächsten 2 bis 3 Jahren durchgeführt werden.

Rm Reffgen/BA beantragte eine getrennte Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Hinweis: Die Abstimmungsergebnisse wurden im Beschlussvorschlag erfasst.

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das Projekt der Bezirksregierung Düsseldorf sowie des Bergisch-Rheinischen-Wasserverbandes zur Einrichtung von Trittsteinbiotopen in der Itter zustimmend zur Kenntnis und beschließt:

Abstimmung: Kenntnis genommen

Er beschließt:

Dem Bergisch-Rheinischen-Wasserverband können städtische Grundstücke zur Realisierung des Trittsteinbiotops 9 und 10 im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Projekt zusammen mit Bezirksregierung und BRW weiter zu entwickeln und die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen vorzubereiten.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen mit

14 Ja-Stimmen

3 Nein-Stimmen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Bürgerak-

tion)

Er beschließt:

Dem Bergisch-Rheinischen-Wasserverband können städtische Grundstücke zur Realisierung des Trittsteinbiotops 9 und 10 im notwendigen Umfang zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, das Projekt zusammen mit Bezirksregierung und BRW weiter zu entwickeln und die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen vorzubereiten.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

7 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

7.1 Benennung eines Privatweges auf dem Gelände des St. Josef Krankenhauses

Baudezernent Stuhlträger brachte in Erinnerung, dass die Verwaltung in der Sitzung am 29.01.2020 gebeten wurde, zu prüfen, ob eine Benennung eines Privatwegs nach Herrn Hedrich möglich sei. Mit Schreiben vom 01.02.2020 hatte auch eine Bürgerin einen vergleichbaren Antrag gestellt.

Mehr als 50 Jahre hatte Herr Otto Hedrich den Kiosk an der Zufahrt zum Hildener St.-Josefs-Krankenhaus betrieben. Am 21. Januar 2020 ist er im Alter von 77 Jahren verstorben.

Da es sich um einen privaten Zufahrtsweg zum Haupteingang des Krankenhauses, zur Ambulanzzufahrt der Notaufnahme sowie zur rückwärtig gelegenen KiTa St. Josef handele, habe die Stadt Hilden kein Benennungsrecht. Jedoch bestehe durchaus die Möglichkeit, auch private Straßen mit Einverständnis des Eigentümers öffentlich zu benennen.

Auf Nachfrage der Verwaltung habe die Grundstückseigentümerin mit Schreiben vom 02.03.2020 mitgeteilt, dass sie nur dann einer Umbenennung zustimme, „wenn durch die Stadt Hilden rechtsverbindlich zugesagt werde, dass hierdurch eine Adressänderung der Kindertagesstätte St. Josef nicht erfolgt.“

Da die Forderung der Grundstückseigentümerin nicht zu erfüllen sei, weil die KiTa St. Josef heute die postalische Anschrift „Walder Straße 32“ besitze und bis zur Realisierung des noch aufzustellenden Bebauungsplans Nr. 165A ausschließlich über die ggfs. umzubenennende Zufahrt erschlossen werde, könne der Weg nicht öffentlich benannt werden.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

8.1 Antrag der CDU-Fraktion - Zusammenlegung von Fahrrad- und Angebotsstreifen für Fahrräder auf Gehwegen

Rm Grünendahl/CDU verlas den nachfolgenden Antrag.

„Die Verkehrsproblematik auf Hildener Straßen nimmt aus subjektiven Wahrnehmungen Hildener Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu. Die CDU-Fraktion Hilden möchte sowohl den Hildener Autofahrer/-innen, aber auch den Fahrradfahrer/-innen, einen bestmöglichen Verkehrsfluss ermöglichen.

An einzelnen Hildener Straßen verlaufen gleichzeitig Angebotsstreifen an den Gehwegen und Fahrradstreifen auf der Straße. Durch den Bordstein und die Erhöhung abgegrenzt ist die Fläche für Fahrradfahrer bedeutend jeweils halbiert. Dies empfindet die CDU-Fraktion als ineffektiv. (Beispielsweise Lindenstraße, Gerresheimer Straße - Höhe Eingang Theresienschule -, Gerresheimer Straße - Höhe Fahrschule Vollmer-)

Durch die Zusammenlegung des Fahrrad- und Angebotsstreifens und der entfallenden Begrenzung des Bordsteines könnten gleichzeitig die Auto-, wie auch die Fahrradspur, zu beiderseitigem Vorteil vergrößert werden und effektiver genutzt zu werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen:

- 1. An welchen Standorten tritt dieses Problem auf?*
- 2. Welche Kosten können durch ein ebenerdiges Zusammenlegen des Fahrrad- und Angebotsstreifens je Einzelmaßnahme erwartet werden?“*

8.2 Antrag der Fraktion Allianz für Hilden - Klimaschutzvorhaben Prioritäten-Liste

Rm Burchartz/Allianz verlas den folgenden Antrag.

„Die Allianz für Hilden beantragt, dass die Verwaltung eine Klimaschutz-Prioritäten-Liste erstellt, in der die von Bürgern, Fraktionen oder der Verwaltung vorgeschlagenen oder beantragten Maßnahmen zum Klimaschutz aufgeführt werden. Die in dieser Liste aufgeführten Maßnahmenvorschläge sollen, unabhängig davon, ob die Maßnahme zum Zeitpunkt des Vorschlags/der Antragstellung nicht umsetzbar, aber grundsätzlich befürwortet werden, nicht in Vergessenheit geraten. Die jeweiligen Maßnahmen sollen auf dieser Liste nach Klimaschutz-Effizienz bewertet und priorisiert werden und möglichst in Reihenfolge der Priorisierung umgesetzt werden. Die Reihenfolge der Priorisierung ist hier durch den Umwelt- und Klimaschutzsausschuss festzulegen.

Begründung:

*Die Allianz für Hilden befürwortet eine Vielzahl von Maßnahmen, die aus Gründen des Klimaschutzes z.B. von Bürgern nach § 24 GO NRW angeregt werden und es ist davon auszugehen, dass künftig mehr solcher Anregungen vorgeschlagen werden. Vor diesem Hintergrund können wir auch die Anregung nach § 24 GO NRW (WP 14-20 SV 66/174) nur positiv beurteilen. Das Führen einer solchen Liste würde die Bürger*innen darin bestärken, Vorschläge zum Klimaschutz zu machen.*

Da jede Umsetzung selbst i.d.R. ressourcenverbrauchend und klimabelastend ist, sollen solche Maßnahmen höher priorisiert werden, die die höchste „Effizienz“ im Sinne des Klimaschutzes haben.“

8.3 Antrag der SPD-Fraktion - Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf der Straße Am Kronengarten

Rm Buchner/SPD reichte folgenden Antrag ein.

„Die SPD-Ratsfraktion Hilden beauftragt die Stadtverwaltung, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf der Straße Am Kronengarten zu erarbeiten. Die Maßnahmevorschläge sind dem Stadtentwicklungsausschuss zeitnah vorzustellen.

Begründung:

Die Straße Am Kronengarten hat sich in den letzten Jahren durch die Ansiedlung von Ankermietern zu einer gut frequentierten Einkaufsstraße entwickelt. Leider entstehen durch den zunehmenden Verkehrsfluss und die unzureichenden Fußgängerwege immer wieder gefährliche Situationen, besonders im Bereich zwischen der Drogerie Müller und dem Bekleidungsgeschäft Kik. Durch Falschparker auf Freiflächen ist die Situation für Fußgänger zusätzlich angespannt. Die SPD-Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf. Denkbar wären Fahrbahnmarkierungen, die Schaffung von Fußgängerüberwegen - beispielsweise durch Zebrastreifen - oder das Abgrenzen von Freiflächen durch Poller.“

Ende der Sitzung: 19:32 Uhr

Anabela Barata / Datum
Vorsitzende

Birgit Kamer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Birgit Alkenings / Datum
Bürgermeisterin

Peter Stuhlträger / Datum
Beigeordneter